

II-1256 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

8.4.1968

553/A.B.
zu 608/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundeskanzlers Dr. K l a u s
auf die Anfrage der Abgeordneten M e l t e r und Genossen,
betreffend Familienlastenausgleich.

.-.-.-.-.-.

Die Abgeordneten zum Nationalrat Melter, Peter und Genossen haben am 14. März 1968 unter Zl.608/J-NR/1968, mit Beziehung auf die EntschlieÙung des Nationalrates vom 24. Oktober 1967 betreffend die Überprüfung und Erstattung von Vorschlägen zur Aufbringung der Mittel für den Familienlastenausgleich an mich Anfragen nach den bisher getroffenen Maßnahmen gerichtet.

Ich beehre mich, diese wie folgt zu beantworten:

Am 21. Dezember 1967 und am 29. Jänner 1968 haben unter meinem Vorsitz im Bundeskanzleramt Sitzungen des Familienpolitischen Beirates stattgefunden, bei denen das Problem eingehend behandelt und ein Unterausschuß zur weiteren Behandlung des Problems eingesetzt wurde.

Dieser Unterausschuß hat am 20. Februar 1968 im Bundeskanzleramt seine erste Sitzung abgehalten, sich mit den Problemen eingehend befaßt und dabei festgelegt, welche Unterlagen von verschiedenen Ressorts und dem Statistischen Zentralamt noch benötigt werden.

Inzwischen sind auch mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt wiederholt Besprechungen geführt worden, die bereits zur Beibringung von weitgehenden Unterlagen geführt haben. Da jedoch für verschiedene Kriterien die vorhandenen Unterlagen nicht ausreichen, habe ich am 1. April 1968 dem Österreichischen Statistischen Zentralamt Auftrag gegeben, die noch erforderlichen Erhebungen und **Untersuchungen** unverzüglich in Angriff zu nehmen und erforderlichenfalls den Fachbeirat für Sozialstatistik mit den Problemen zu befassen.

Im Hinblick darauf, daß in den bisherigen Volkszählungen und Konsumerhebungen wenig oder überhaupt nicht nach den nunmehr erforderlichen Unterlagen gefragt wurde, werden die Arbeiten allerdings einige Zeit beanspruchen. Der Familienpolitische Beirat und dessen Unterausschuß wird aber laufend mit Unterlagen beteiligt, und das Statistische Zentralamt hat in Aussicht gestellt, in einigen Monaten ein konkretes Untersuchungsergebnis zur Verfügung stellen zu können.

.-.-.-.-.-.